

DIE HÖLLE

Organ der Roten Hilfe für den Bezirk Erzgebirge-Vogtland

Der Justizmord am polnischen Proletariat

6000 politische Häftlinge in den polnischen Gefängnissen — Wie Verbrechen von Spizeln gemacht werden — 3648 Jahre Kerker in 12 Monaten ausgesprochen

Das polnische Proletariat blutet aus tausend und aber tausend Wunden. Wirtschaftlich und sozial gehört es zu den elendesten und politisch zu den entrechteten des Kontinents. Die seit über zwei Monaten am Ruder befindliche Regierung der „moralischen Sanierung“ von Pilsudski's Gnaden hat den Terror der weißgardistischen Klassenjustiz so gesteigert, daß polnischer Boden zu einer wahren Hölle für oppositionelle Elemente wurde. Pilsudski will die Arbeiterbewegung erdroffeln. Der Justizschrecken und die Zuchthausgreuel Polens haben die übrige Welt aufhorchen lassen und einen gewaltigen Proteststurm entfacht. Nicht nur die Klassenolidarität der Proletarier anderer Länder protestiert gegen das polnische Schreckenregime und verlangen für die Opfer Amnestie und politische Freiheit, sondern auch Politiker, Intellektuelle, Künstler, Persönlichkeiten, erheben ihre Stimmen zum Protest gegen den Justizmord in Polen.

Ein so reaktionäres Organ wie die „Kreuzzeitung“ läßt sich aus Kattowitz berichten:

Kattowitz, 9. August.

„Die neue Regierung Polens ist nunmehr bereits zwei Monate am Ruder, aber politisch hat sich bisher recht wenig verändert. Bei ihrem Antritt wurde dringend eine Amnestie für politische Vergehen gefordert. Die neue Regierung hat sich in der letzten Woche ihre Vollmachten geben lassen, um ein ungestörtes Diktatur-Regime führen zu können, von einer Amnestie hört man aber immer noch nicht. Der Warschauer Sejm ist in die Ferien gegangen, ohne diese dringendsten aller politischen Arbeiten erledigt zu haben. Er hat sich kein Beispiel genommen an dem litauischen Sejm, der vor Antritt seiner Sommerferien eine Amnestie beschlossen hat, durch die 800 politische Gefangene erlöst und der Freiheit zurückgegeben werden.

Dringend ist die Amnestie für politische Vergehen in Polen. Denn hier schmachten rund

6000 politische Gefangene im Kerker.

Hier handelt es sich um keine Verbrecher, sondern um Leute, die wegen ihrer freien Meinungsäußerung in Wort oder Schrift ins Gefängnis gesteckt wurden. Eine einzige oppositionelle Rede außerhalb des Sejms brachte einem Abgeordneten sechs Jahre Zuchthaus ein. Ein 17-jähriges Mädchen erhielt zwei Jahre Kerker, weil in seinem Besitz ein kommunistisches Flugblatt gefunden wurde. Ein anderes 20-jähriges Mädchen erhielt wegen des gleichen Verbrechens gar drei Jahre Zuchthaus. Der Abgeordnete Pantraz, einst Mitglied des deutschen Reichstages, sagte in einer Rede im Warschauer Sejm: „Man verhaftet einfach drauflos, sperrt die Leute ins Gefängnis, wo der Verhaftete bis zur Hauptverhandlung sitzt. Manchmal findet auch gar keine Gerichtsverhandlung statt. So wurden in Bromberg 21 Arbeiter wegen angeblichen Kommunis-

mus verhaftet. Beweismaterial war nicht vorhanden. Denn erst nach der Verhaftung wurden Hausdurchsuchungen abgehalten, in der Hoffnung, nachträglich Beweismaterial zu finden. Die Verhafteten saßen volle fünf Monate und wurden dann frei gelassen ohne daß eine Gerichtsverhandlung stattfand.“ Ein anderes Bild: „Eine Gerichtsverhandlung gegen zehn Angeklagte wurde bereits mehrfach vertagt. Weil ein Zeuge fehlte, sollte erst Vertagung eintreten. Die Entlassung eines 54-jährigen schwer kranken Verhafteten wird abgelehnt. Da entblößen sämtliche Angeklagten ihre Brust und rufen: „Tötet uns! Urteilt oder befreit!“ Aus dem in höchster Erregung befindlichen Publikum stürzte die Frau des Kranken und ruft: „Gebt mir meinen Mann, meinen einzigen Ernährer!“ Eine andere Gerichtsverhandlung erbrachte den Beweis dafür, daß

die Polizei mißliebigen Personen kommunistische Aufreufe zusandte. Gleich darauf fand dort eine Hausdurchsuchung statt, das „Material“ wurde gefunden und die Verhaftungen konnten vorgenommen werden.

Der „Robotnik“ in Warschau stellt einen anderen Fall fest: „Die Provokateure fragten beim Austritt ihrer Opfer aus einem Gewerkschaftslokal, ob sie nichts verloren hätten. Als diese verneinten, ließ man sie sich umdrehen und eine vorher hingelegte rote Fahne aufheben, worauf die Verhaftung erfolgte.“ In einem Bericht des „Volksw.“ heißt es: „Im Gefängnis in Crone a. d. Brahe läuft das Wasser von den Kerkermauern herunter. Viele Personen, die dort gesund hereingeschafft wurden, kamen krank zurück oder starben im Kerker.“ Ein Mitglied der Bauernpartei jagte im Sejm:

„Ihr habt aus Polen ein Gefängnis für Bauern und Arbeiter gemacht. Ihr habt ihnen den Mund mit dem Polizeistolben und mit der Verfolgung durch Spizeln und Provokateure geknebelt.“

Die weiß-russische Zeitung in Bialystok berichtet über einen Hungerstreik von 350 politischen Häftlingen, die seit 14 Monaten vergeblich auf eine Aburteilung warten.

Geradezu erschütternd muß eine Statistik wirken, die in polnischen Blättern zur Veröffentlichung kommt, die aber nicht den Anspruch erhebt, vollständig zu sein. Danach wurden in den letzten sieben Monaten des Vorjahres und in den ersten fünf Monaten dieses Jahres

497 politische Prozesse

durchgeführt, in denen 2431 Personen abgeurteilt wurden, die zusammen 3648 Jahre Freiheitsstrafe erhielten. Verhaftet wurden in dem gleichen Zeitraum wegen politischer Vergehen 6757 Personen. Der furchtbarste Monat im letzten Jahr war der Juni, wo in 40 politischen Prozessen 204 Personen zu insgesamt 503 Jahren verurteilt wurden. Im Januar d. J. wurden 428 Jahre Kerker verabsolgt, im Februar 405, im März 311, April 304 und im Mai 104.

Die Hoffnung, daß es nach dem Mai-Umsturz besser werden würde, hat bisher getrogen. Der Zarismus blüht so sehr wie im alten russischen Reich. Weder Sejm noch Regierung haben einige Minuten Zeit für diese 6000 Menschen, die unschuldig in den Kerker schmachten. Als kürzlich im Sejm ein Dringlichkeitsantrag auf sofortigen Erlass einer Amnestie eingebracht wurde, da fanden sich nur die Abgeordneten der nationalen Minderheiten und die Linksextrême, die sich für den Antrag aussprachen, die Mehrheit lehnte die Dringlichkeit ab, der Sejm ging in die Ferien und weitere Tausende von Opfern werden hinter Kerkermauern ihren Tod finden.

Wir haben dem Bericht des bürgerlich-rechtsstehenden Blattes nicht viel hinzuzufügen. In Polen hat sich eine Hölle aufgetan und das polnische Proletariat kann nur noch durch den Massenproteststurm des internationalen Proletariats gerettet werden. Jede Arbeitsstelle, jede proletarische Organisation jeder Klassenbewußte Arbeiter muß fordern, daß:

1. dem System der Provokation ein Ende gemacht und die dafür verantwortlichen Beamten zur Rechenschaft gezogen werden;
2. sofort eine gründliche Reform des Strafvollzugs in der polnischen Republik durchgeführt wird und unhygienische und gesundheitschädliche Strafanstalten nicht mehr belegt werden;
3. die Verfolgung der Arbeiter- und Bauernorganisation eingestellt und diesen volle Legalität gewährt wird;
4. die Unterdrückung der nationalen Minderheiten beseitigt und ihnen völlige politische und kulturelle Gleichberechtigung gewährt wird;
5. eine vollständige Amnestie für alle politischen Gefangenen und Angeklagten Polens erlassen wird.

Wir alle aber müssen unaufhörlich den Ruf erschallen lassen:

Heraus mit den Opfern der polnischen Schandjustiz!

Gegen den polnischen Terror

Und bis jetzt folgende Proteste bekannt geworden: Freie Arbeiterzähler Adorf; Arbeiter-Samariter-Kolonie Adorf i. B.; Kommunistische Jugend Adorf; Verein „Volksgesundheit“ Adorf; Rote Hilfe Chemnitz-Altdorf; Rote Hilfe Eppendorf; Rote Hilfe Crimmitschau; Rote Hilfe Chemnitz-West; Rote Hilfe Mittweida; Rote Hilfe Adorf i. B.; Sportverein „Sturm“ Adorf; KPD Adorf; Kraftsportklub Adorf; Betrieb Mandolinensfabrik Adorf; Rote Hilfe Friedrichsgrün i. B.; Rote Hilfe Chemnitz-Bernsdorf; KPD Ch.-Bernsdorf; Roter Frontkämpferbund Ch.-Bernsdorf; Rote Hilfe Herrenhaide; Erwerbslosenrat Einsiedel; Rote Hilfe; Kommunistische Partei; Kommunistischer Jugendverband; Arbeitersamariterkolonne, sämtlich in Einsiedel; öffentliche Versammlung in Lößnitz; Volksversammlung in Werda; Waggongabriel Werda; Volksversammlung in Mittweida; Harthau; Meinersdorf; Chemnitz-Nord; Bauarbeiter von Cuba; Erwerbslosensammlung in Schönbrunn; Rote Hilfe Crandorf; Antikriegslandgebund der KPD in Chemnitz; Freie Turnerstadt; Sportverein Alberoda; Rote Hilfe Alberoda; Müssen St. Micheln; Volksversammlung Delsnitz i. B.; Gesangsverein „Freie Sänger“; Postau; Volksversammlung Falkenau; Rote Hilfe Burthardsdorf; KPD, KJB, Touristenverein „Die Naturfreunde“; proletarische Freidenker; Arbeiter-Überwachungsclub, sämtlich von Burthardsdorf.

Das Echo des Protestes muß noch vielfacher erschallen, soll dem Schreckensregiment in Polen Einhalt geboten werden. Genossen, eure Aufgabe ist es, die Arbeiterschaft überall da, wo sie zusammenkommt, zum Proteststurm gegen die Kerkerareel in Polen aufzurufen.

Die Horthyjustiz am Pranger

Katofi zu 8 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt!

Budapest, 4. August. (Kf.) Heute vormittag wurde das Urteil im Katofi-Prozess verkündet. Genosse Katofi erhielt 8 1/2 Jahre Zuchthaus, die Genossen Weinberger und Deri je 4 Jahre Zuchthaus, Genosse Gödös 3 1/2 Jahre Zuchthaus, Genossin Katharina Samann 2 Jahre 4 Monate Zuchthaus, Genosse Fuhajz 2 Jahre Zuchthaus, Genosse Miterer 2 Jahre 4 Monate Zuchthaus. Das Urteil gegen Genossen Bagi lautet auf 2 Jahre Kerker, wovon 4 Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet werden. Genosse Weikhaus erhält 1 Jahr Kerker, wovon 4 Monate als verbüßt gelten.

Die ungarischen Henker haben es trotz des Massenprotestes der gesamten internationalen Arbeiterklasse und weitesther Kreise des rechtlich denkenden Bürgertums gewagt, dieses geradezu ungeheuerliche Urteil im Katofi-Prozess zu verkünden, trotzdem Katofi und den anderen kommunistischen Genossen nichts anderes zur Last gelegt werden konnte, als daß sie um die Legalität der ungarischen kommunistischen Partei gekämpft haben. Die Strafmäße sind so bedacht, daß Genosse Katofi, in dem man das Haupt der Bewegung sieht und treffen will, niemals von einer

Amnestie bedacht werden kann, da seine Strafe über fünf Jahre beträgt und nach ungarischen Gepflogenheiten Amnestien nur Strafen unter fünf Jahren zu umfassen pflegen.

Schon einige Tage vor der Urteilsverkündung schrieb das englische bürgerliche Blatt, der „Manchester Guardian“, daß eine Verurteilung Katofis eine Verurteilung des ungarischen Horthy-Systems bedeuten würde. Jetzt ist die Verurteilung des Horthy-Systems da.

Nach der Urteilsverkündung gilt es jetzt, den Kampf um die Freilassung unserer verurteilten Kampfgenossen zu führen; den Banditen, die sich ungarische Regierung nennen, die in den Augen der ganzen Welt als korrupt gebrandmarkt sind, muß ihre Beute, müssen die Genossen Katofi, Weinberger, Bagi und Genossen entrisen werden.

Amnestie in Litauen

Kowno, 3. August. (Kf.) Auf Grund des Amnestiegesetzes wurden in Kowno 150 Personen aus dem Zuchthaus entlassen. Darunter befinden sich 24 Kommunisten, die damit in die Freiheit der litauischen Republik zurückkehren. Das Oberste Tribunal stellte in 30 Fällen das Verfahren ein.

Die „Leipziger Volkszeitung“ gegen das Schandurteil des Reichsgerichts

Während das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts“, nichts weiter zu dem Leipziger Schreckensurteil zu bemerken weiß als die lügnerische Denunziation, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Wendelin Thomas der Urheber des Attentats gewesen sei, und lediglich schreibt, daß das Schreckensurteil gegen die von gewissenlosen Führern verhafteten Arbeiter, die meistens Familienväter sind, große Empörung im Zuhörerraum hervorrief, nimmt die „Leipziger Volkszeitung“ in zwei großen Artikeln am 7. und 9. August gegen das Urteil Stellung. Sie schreibt u. a.:

„Mit dem Urteil im Jüßener Kommunistenprozeß hat sich das Reichsgericht selbst übersteigert — und das will ganz gewiß etwas bedeuten. Zwar ist der Staatsgerichtshof unseligen Gedankens aufgehoben, aber das, was sich die Richter des Reichsgerichts im letzten Kommunistenprozeß geleistet haben, übertrifft alles bisher dagewesene. Wir kennen den Tscheka-Prozeß und die hundert anderen Prozesse, die diesem folgten. Im Tscheka-Prozeß ging es immerhin um eine wochenlang betriebene, systematische Arbeit, die freilich nicht selten an die berühmten Helldarmer Don Quichotte erinnerte. Demgegenüber ist das Bombenattentat im weltverlassenen allgäuischen Jüssen geradezu ein Kinderpiel.“

Nachdem dann die „L. V.“ die bayerische Situation von 1923 schilderte und das Urteil gegen die Hitler-, Lubendorff usw., dem Urteil gegen die Jüßener Arbeiter gegenüberstellt, schreibt sie weiter:

„Das ruft geradezu Schreie des Entsetzens hervor und die Richter des Reichsgerichts mögen sich vergegenwärtigen, wie derartige Klassenurteile in der Rechtsprechung der deutschen Justiz im Auslande wirken. Der Präsident des Reichsgerichts, Dr. Simons, hat erst vor wenigen Tagen große Töne geredet, um dem Pan-Europa die Wege zu ebnen. Er sollte seinen Einfluß geltend machen, um eine Pan-Gerichtsbank in Deutschland zu ermöglichen; er sollte dahin wirken, daß die soviel mißhandelte Göttin Justitia endlich eine neue undurchsichtige Binde erhält.“

Dieses Urteil einer sozialdemokratischen Zeitung, die am Schauplatz der Taten des Reichsgerichts erscheint, sollte die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands veranlassen, sich ebenfalls mit aller Kraft dem Protest gegen das Schandurteil von Leipzig anzuschließen. Sie haben diesen Anlaß um so mehr, als dieses Schreckensurteil, ebenso wie viele andere, zurückzuführen ist auf das Sprengstoffgesetz vom Jahre 1884, das von Bismarck als ein Teil seiner antisozialistischen Gesetzgebung erlassen wurde. (Von 1878 bis 1890 herrschte bekanntlich das Sozialistengesetz.)

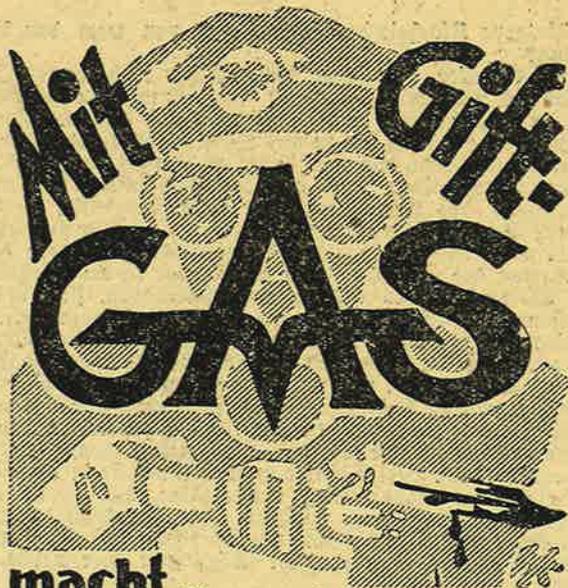
Sozialdemokratische Arbeiter, erhebt die Forderung:

Fort mit dem Sprengstoffgesetz!

Heraus mit seinen Opfern!

Politischen Gefangenen wird der schriftliche Verkehr mit der Außenwelt unterbunden

Die Genossin Else Günther aus Schwarzenberg betrachtet es als ihre proletarische Pflicht, den politischen Gefangenen in Briefen ihre Sympathie auszudrücken, um auf diese Weise dazu beizutragen, den Gefangenen ihr Los so leicht wie möglich zu machen. Dies ist dem Herrn Direktor Poller, Gefangenenanstalt Waldheim, ein Dorn im Auge. Mit Argusaugen wacht er darüber, daß die Gefangenen auch nicht eine Zeile mehr erhalten als wie es ihm genehm ist. Herr Poller hält als e. h. deutscher Mann auf Sitte und Ordnung und verbietet einfach Außenstehenden den schriftlichen Verkehr mit den Gefangenen.



macht die polnische Reaktion
die Arbeiterschaft in Polen
nieder!
Gegen diese Kulturschande
flammender Protest!

Kämpft mit der Roten Hilfe für Vollamnestie

Wir wollen deshalb unseren Mitgliedern und Freunden das Dokument der Schande nicht vorenthalten.

Waldheim, den 30. Juni.
Fraülein Elise Günther
Schwarzenberg
Eibenstöder Straße 30.

Nachdem Sie erst wenige Tage vorher einen Brief an den politischen Gefangenen Hermann Franke mit Ihrer Photographie geschickt haben, senden Sie schon wieder beifolgenden Brief. Wenn der Schriftverkehr dem Franke mit Ihnen einmal gestattet worden ist, so geschah dies ausnahmsweise, da Gefangenen der Schriftverkehr in erster Linie mit Angehörigen gestattet ist. Franke hat überdies außer mit Angehörigen auch noch mit anderen Personen Schriftverkehr, wobei ihm im allgemeinen nach den Vorschriften nur gestattet ist, aller Monate einen Brief zu empfangen und zu schreiben. Der heiliegende Brief ist also schon in erster Linie vorschriftswidrig vorzeitig eingegangen und wird zurückgeschickt. Seine Aushändigung kann nicht erfolgen, wovon Franke, dem Ihr erster Brief mit Photographie noch einmal ausgehändigt worden ist, in Kenntnis gesetzt worden ist, zumal auch sein Inhalt gar nicht dringlich ist. Es kann aber auch weiterhin, mit Rücksicht darauf, daß Sie keine Angehörige sind und dem Franke fremd sind, ein Besuch Franke nicht gestattet werden, wovon Franke gleichfalls in Kenntnis gesetzt worden ist. Den Schriftverkehr wollen Sie einstellen. Ihre Annäherung zu Franke wollen Sie auf die Zeit nach seiner Entlassung verschieben. Die Anstaltsdirektion.

Hierzu: 1 Brief.

An Hand dieses Dokumentes kann sich jeder Arbeiter sehr leicht vorstellen, mit welchen Hinweisen und Schikanen gegen die politischen Gefangenen vorgegangen wird, während kriminelle Verbrecher aus dem deutschen nationalen Lager (siehe Fall Kürgens) mit der größten Rücksicht behandelt werden.

Die Arbeiterschaft darf sich diese Schikanie ihrer Klassenbrüder nicht länger gefallen lassen, deshalb muß die Parole heißen: Heraus mit den politischen Gefangenen. Hinein in die Rote Hilfe.

Wer übt Klassensolidarität?

Jedes Einzelmitglied der Roten Hilfe, das seinen Beitrag regelmäßig abführt und somit alle Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz und des weißen Terrors unterstützt und durch seine Aufklärungsarbeit immer neue Mitglieder gewinnt und den Geist der praktischen Solidarität unseren gefangenen, invaliden und gefallenen Klassenkämpfern gegenüber in die breitesten Volksschichten hineinträgt und zur Tat werden läßt.

Jedes Kollektivmitglied der Roten Hilfe, das durch seine Organisation für die Forderungen der Roten Hilfe kämpft

und dafür sorgt, daß seine Mitglieder auch Einzelmitglieder der Roten Hilfe werden.

Jeder Leser des „Roten Helfer“, des Zentralorgans der Roten Hilfe Deutschlands. Er zeigt den Weg zum Kampf gegen die Klassenjustiz und den internationalen weißen Terror und wirbt für die Solidarität mit ihren Opfern.

Darum heran an die Arbeit!

Werdet selbst Mitglied und werbt weitere Mitglieder der Roten Hilfe!

Stellt in euren Organisationen den Antrag auf kollektiven Beitritt zur Roten Hilfe!

Bestellt den „Roten Helfer“ und werbt für ihn.

Wer will mit den politischen Gefangenen korrespondieren?

Wir veröffentlichen in der heutigen „Hölle“ einen Brief des Genossen Weiß, der zurzeit in Waldheim eine Zuchthausstrafe verbüßt. Trotzdem der Genosse seit Jahr und Tag von der Außenwelt abgeschnitten ist, hat er das unbedingte Bedürfnis, mit der Außenwelt zu leben, denn an dem Tag, an dem die Zuchthaus-tore hinter ihm zuschlagen, will er sein Leben wieder in den Diensten des Klassentkampfes stellen. So wie der Genosse Weiß das Bedürfnis nach brieflichem Verkehr mit anderen Genossen ausdrückt, so haben es alle anderen Genossen unausgesprochen. Es sollte eigentlich Ehrenpflicht eines jeden Genossen sein, das Los der politischen Gefangenen dadurch zu erleichtern, daß sie mit ihnen einen engen, eifrigen Briefverkehr pflegen und sie über alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme und Ereignisse unterrichten.

Die Genossen in den Kertern wollen nicht immer bloß Briefe vom Bezirkssekretariat empfangen, nein, sie lehnen sich nach den Genossen aus dem Bezirk. Sie wollen fühlen, daß wir sie auch während ihrer Haft nicht vergessen.

Also, Gefängnis-korrespondenten vor die Front. Das Sekretariat freut sich über jeden, der den politischen Gefangenen ein parteigenössischer Freund in schwerer Zeit werden will.

Opfer des § 218

Eine erschütternde Statistik bringt die „Münchener Medizinische Wochenschrift“ nach einem Referat von Dr. Hoerber auf dem letzten Bayerischen Herztag. Danach wurden in Bayern — allein in Bayern — wegen Verbrechen gegen die §§ 218—220 des Strafgesetzbuches auf Strafe erkannt:

1917: in	72	Strafverfahren
1918: in	138	„
1919: in	119	„
1920: in	293	„
1921: in	538	„
1922: in	660	„
1923: in	586	„
1924: in	690	„

zusammen 3096 Strafverfahren in 8 Jahren

Das ist eine Steigerung der Verurteilungen von 72 im Jahre 1917 auf 690 im Jahre 1924, eine Steigerung um das Neuneinhalbfache. Und das sind nur die Zahlen für Bayern! —

Die Verteidiger dieser Schandparagrafen behaupten immerzu, von den deutschen Gerichten werde mehr und mehr in der Anwendung dieser Paragrafen einsichtsvolle Toleranz geübt, das soziale Verständnis der deutschen Richter sei im Wachsen begriffen. Die Zahlen reden eine andere Sprache. Und sie wirken umso erschütternder, als die Opfer dieser Paragrafen zu allermeist oder fast ausschließlich Proletarierinnen und Angehörige des Kleinbürger- und Kleinbaurntums, der unteren Beamten wie überhaupt der mittellosen Schichten sind. Denn die besitzenden Kreise haben ihre ärztlichen Helfer und Helferinnen, die die Abtreibungen zwar nicht für Gotteslohn, aber doch unter solchen Voraussetzungen vollziehen, daß eine Straffälligkeit ausgeschlossen bleibt.

An unsere Nichtmitarbeiter!

Die Ueberschrift mag etwas komisch klingen, aber sie ist doch berechtigt. Die „Hölle“ ist das Bezirksorgan. Habt ihr da, ihr Genossen und Genossinnen der R.H., noch nicht gemerkt, daß in dieser Bezirkszeitung eigentlich der Teil fehlt, um dessen Zweck willen sie erscheint? Habt ihr noch nicht das Leben und Treiben unserer Organisation innerhalb unseres Bezirkes vermisst? Es ist zum Teufelholen. Da werden in kürzeren oder längeren Abständen Aktionen durchgeführt und keiner der Genossen, der Gruppenleiter oder sonstigen Funktionäre teilt seine Erfahrungen durch das Bezirksorgan den übrigen Genossen mit. Jeder Genosse sollte in Zukunft bestrebt sein, seine Mitarbeit dem Bezirksorgan durch Mitteilung über Vorgänge in seiner Organisation, durch Berichte über Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Oder wollen sich die Genossen auch weiterhin von den politischen Gefangenen beschämen lassen, die selbst bei der wärtlichen Schreib-erlaubnis die „Hölle“ nicht vergessen.

Aus unserem Bezirk Entwicklung der KPD, Erzgeb.-Vogtl.

Trotz der ungeheuren Wirtschaftskrise, die schon seit Monaten auf der Arbeiterschaft lastet, in einer Zeit, wo jeder Arbeiter seinen Wirtschaftsetat so aufstellen muß, um nur die dringendsten Ausgaben für seine Familie decken zu können, war es möglich, eine nach Tausenden von Mitgliedern zählende Organisation zu schaffen, die sich zur Aufgabe gestellt hat, allen Arbeitern ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit Hilfe und Beistand zu leisten, soweit sie im Kampfe gegen ihre Bedrücker mit der bürgerlichen Klassenjustiz in Konflikt geraten. Sei es durch Gewährung von Rechtschutz und bei Verhaftungen Gewährung von Familienunterstützung.

Die revolutionäre Arbeiterschaft hat erkannt, daß es ihre heiligste Pflicht ist, ihren hinter Kerkermauern schmachtenden Klassenbrüdern und deren Familien Hilfe zu bringen. Das beweist die ständige Aufwärtsentwicklung der Mitgliederzahl. Mit dem Abschluß des Monats Dezember 1925 zählte die Rote Hilfe im Bezirk Erzgebirge-Vogtland 114 Ortsgruppen mit 7883 Einzelmitgliedern, darunter nur 62 Sozialdemokraten, während die Zahl der parteilosen Mitglieder bereits 1935 betrug, der KPD gehörten 4762 Mitglieder an und 21 Mitglieder sind Bürgerliche. Vom Dezember 1925 bis Juni 1926 konnte die Zahl der Ortsgruppen von 114 auf 169 gesteigert werden. Die Mitgliederzahl stieg von Monat zu Monat und erreichte im selben Zeitraum 12 543 Einzelmitglieder, 16 korporativ angeschlossene Vereine mit 2594 Mitgliedern.

Der Parteizugehörigkeit nach rekrutieren sich die Mitglieder aus 8379 Kommunisten, 104 Sozialdemokraten, 3914 Parteiloze und 34 Bürgerliche. Ist die Zahl der Mitglieder aus der SPD auch noch gering, so ist doch zu erkennen, daß immer mehr sozialdemokratische Arbeiter erkennen, daß die Rote Hilfe ein Bollwerk gegen die Klassenjustiz ist. Die schmutzige Hecke einiger SPD-Führer mag dazu beitragen, daß die Arbeiter der SPD den Weg zur Roten Hilfe recht schwer und zaghaft finden, doch eins ist sicher, sie werden den Weg zur Roten Hilfe in aller kürzester Zeit, trotz Hecke ihrer Führer, in doppelter und dreifacher Zahl finden, denn die Klassenjustiz macht keinen Unterschied mehr zwischen KPD- und SPD-Arbeitern. Ob KPB- oder Reichsbanner-Kameraden, die Klassenjustiz sucht ihre Opfer in der gesamten Arbeiterschaft.

Aufgabe der Funktionäre der Roten Hilfe wird es sein, im Betrieb und Verein, überall dort, wo sie mit SPD- und parteilosen Arbeitern zusammenkommen, für die Rote Hilfe zu werben und Mitglieder zu gewinnen.

Jeder Arbeiter, der nicht gewillt ist, alle Schikanen der Ausbeuter bedingungslos hinzunehmen, wird mit der Klassenjustiz in Konflikt geraten. Deshalb muß für alle Arbeiter die Lösung heißen: Hinein in die Rote Hilfe!

* Ortsgruppe Nord

Am 2. August fand in der Linde eine gutbesuchte Versammlung statt, welche einberufen wurde von der Roten Hilfe, Ortsgruppe Chemnitz-Nord. Der Genosse Oskar Lindner hielt einen Vortrag. Einmütig beschloß die Versammlung einen scharfen Protest gegen die Schredensherrschaft und gegen das Wüten des Ausnahme-Zustandes und weisen Terrors gegen die unterdrückten Arbeiter und Bauern in Polen. Ebenfalls wurde einmütig gegen die ungarische Klassenjustiz im Prozeß der Genossen Katolai und Vagi protestiert.

Aus dem Zuchthaus Waldheim

Gefangenenanstalt I Waldheim, am 1. 8. 26.
Werter Genosse!

Den Brief von Euch mit der Ablehnung Eures Besuches erhalten, herzlichsten Dank für Eure Bemühungen um mich. Leider wußte ich im voraus, daß die Worte aus Ministerium nichts nützen. Ihr habt allerdings gleich zu weit ausgeholt, denn zu einer Begnadigung langt bei einem Kommunisten wohl nie, und ich möchte hierzu behaupten, daß die Staatsanwaltschaft nicht einmal für nötig hielt, meine Forderung von hier zu fordern, sondern das Gesuch nach einer Ablagerung von mehreren Monaten einfach ablehnte. Haltet Euch also vor Augen, daß wir ganz in die Hand der deutschen Justiz gegeben sind; eine solche aber, die Leute von rechts laufen läßt und uns dafür mit desto härteren Strafen in die Zuchthäuser schickt, bittet man nicht. Die über uns verhängten Urteile sollen eben eine jahrzehntelange Rechtslosigkeit darstellen. Fehrenbach schreibt im „Volkblatt“, das Ministerium hätte die Hälfte unserer Straffrist als übliche Maxime angenommen. Nun, Genossen, darin liegt doch offen die Bestätigung, daß die über uns verhängten Urteile nur Terrorurteile sind. Warten wir also ab, was der neue Landtag wird und ob sich da nicht etwas erreichen läßt. Der jetzige stellt ja doch nicht den Volkswillen dar und ist überdies nur noch ein Instrument der Machtlosigkeit.

Nun, Genossen, wie steht es mit unserer Zeitung? Habt Ihr im Landtag alles unternommen, um das Verbot rückgängig zu machen? Für ewig kann es doch nicht bestehen bleiben. Habt

Ihr übrigens Klarheit darüber erlangt, von wem das Verbot ausging?

Nun, Genossen, Ihr fragt mich, ob Ihr noch etwas für uns tun könntet, um uns zu erfreuen? Ja, wir möchten wohl viel, viel, aber leider sind ja 99 1/2 Prozent von dem verboten, der übrigbleibende Teil ist mit zu viel Schwierigkeiten oder Umständen verbunden, daß man lieber die Finger davonläßt. Bestenfalls vor kurzem einen Brief von der KPD-Zentrale Berlin; im selben lagen sechs Karten bei, über welche angeblich die Direktion erst Beschluß fassen mußte, der denn auch so ausfiel, daß Karten mit Landschaften als Dekoration benutzt werden dürfen. Die Karten, die uns das Leben der Kinder in dem Erholungsheim Wörpsweide und anderen veranschaulichen, sind verboten aufzuhängen. Gleichzeitig bot uns die Zentrale gute Seifen an. Es wird uns verboten, welche zu empfangen. Wir sollen uns eben welche kaufen. Nun, ich bin nicht gerade für gute Seifen, aber die Anstalt gibt uns im Monat auch nur die Hälfte von einem Normalstück Kernseife, somit sind eben alle darauf angewiesen, welche zu kaufen, trotzdem, daß alle arbeiten und nicht dementisprechend bezahlt werden. In Freiheit nennt man das Ausbeutung. Von Berlin schrieb man uns, daß sie in der nächsten Zeit eine Wanderausstellung veranstalten und gerne unsere Postkartenarbeiten dazu haben möchten. Ich bitte Euch daher, dem guten Genossen Schlör die Nachricht zu geben, daß wir gar keine haben und ich sehe auch nicht die Möglichkeit, hier welche anzufertigen.

Bücher und Zeitungen zu lesen, habe ich die Genehmigung. Wir bekommen aus der Anstaltsbücherei genug, wenn man sich das Richtige bestellt. Möcht Ihr mir aber eine größere Freude machen, so könnt Ihr mir mal was senden, was es hier nicht gibt, nämlich einen Gedichtsband von M. Barthele und die Werke Lenins. Nun, Genossen, zum Schluß bitte ich noch um eins: Uns, solange die Parteizeitung für die Anstalten verboten ist, über die Vorgänge in der Partei vielleicht durch monatliche aber ausführliche Berichte auf dem Laufenden zu halten. Wir sind verurteilt, bürgerliche, gegen die Arbeiter hegende Blätter zu halten. Was einem aber noch mehr auf die Nerven fällt, das sind die von einer Führerkaste aufgejagten SPD-Blätter, die uns denn auch immer recht unliebsame Schauermärchen über die KPD aufstischen. Wir wissen zwar recht gut, daß derartige Hezekereien immer die eigene Kalamität verdecken soll, denn der Ausschluß der 23 scheint nicht ganz ohne Mitgliederchwund an ihnen vorbeizugehen, und so muß eben die KPD herhalten.

Zum Schluß noch die Frage: wer kommt für in Krankheitsfällen in der Familie zu vollziehende Operationen während meiner Inhaftierung auf?

Mit revolutionärem Gruß
Paul Weiß, z. Zt. Zuchthaus Waldheim.

Kassenbericht für Monat Juni 1926

Einnahmen	Ausgaben
Eintrittsgeld 21.60 M	Familien- u. Gefangenenunterstützung 1116.— M
Beiträge à 10 Pfg. 3507.60 M	Entlassungsgelder 90.— M
Beiträge à 50 Pfg. 48.— M	Notstandsunterstützung 153.— M
Kollektorträge 550.75 M	Literatur für Gefangene 5.80 M
Sammlungen 209.32 M	Ausführungen an die Zentralstelle 5086.20 M
Postkartenerlös 72.48 M	Gehälter 280.— M
Brotschüren 134.76 M	Fahrtgelder und Spejen 133.— M
Zeitung 64.— M	Porto und Telefon 93.15 M
KB-Abzeichen 20.10 M	Miete, Heizung, Licht 130.— M
Ausführungen d. Angestellten der KPD 1140.35 M	Bürobedarf 21.35 M
	Berichtungsbeiträge 60.95 M
	Sonstiges 3.80 M
	7173.25 M
Bestand am 1. 6. 26 6274.26 M	Bestand am 31. 6. 26 6872.97 M
Summe 14046.22 M	Summe 14046.22 M

Im Berichtsmonat wurden unterstützt: 24 Frauen, 38 Kinder, 23 Gefangene, 3 Entlassene, 5 Notstände.

Kassenbericht für Monat Juli 1926

Einnahmen	Ausgaben
Eintrittsgeld 23.70 M	Familien- u. Gefangenenunterstützung 1066.— M
Beiträge à 10 Pfg. 3901.20 M	Entlassungsgelder für Gefangene 50.— M
Beiträge à 50 Pfg. 13.— M	Notstandsunterstützung 15.— M
Kollektorträge 71.25 M	Literatur für Gefangene 16.98 M
Sammlungen 240.13 M	Ausführungen an die Zentralstelle 2200.— M
Postkartenerlös 49.86 M	Gehälter 155.— M
Brotschürenverkauf 66.60 M	Fahrtgelder und Spejen 121.50 M
Zeitung 46.70 M	Porto und Telefon 103.16 M
KB-Abzeichen 23.10 M	Miete und Licht 141.— M
Ausführungen d. Angestellten der KPD 786.45 M	Bürobedarf 51.65 M
Sonstiges 60.— M	Berichtungsbeiträge 26.45 M
Bestand am 1. 7. 26 6872.97 M	Sonstiges 9.50 M
	Kassenbestand am 31. 7. 26 8140.32 M
Summe 12096.56 M	Summe 12096.56 M

Im Berichtsmonat wurden unterstützt: 23 Frauen, 37 Kinder, 24 Gefangene, 1 Entlassener, 4 Notstände.

Verantwortlich: Heinrich Kalligay, Chemnitz.
Druck: „Bewag“, Druckereifabrik Chemnitz.
Schützenstraße 23.